

Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Die Wossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“ Sonstige Beilagen. Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Allgemeine Verlosungsliste, Grundstück und Kypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66 2/3 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag: Ullstein & Co. Chefredakteur Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.) Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800 bis 11 853. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Der Zwischenfall in Eberbach

Deutsche Rechts Hoheit auf deutschem Boden.

Das Wossische Telegraphenbüro teilt mit, daß im Auftrage des Oberkommandierenden der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland General Allen dessen Vertreter Oberst Stone dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete die formellen Entschuldigungen des amerikanischen Generals wegen der von zwei amerikanischen Kriminalbeamten versuchten Verhaftung des Deutsch-Amerikaners Bergdoll auf holländischem Gebiete in Eberbach überbrachte. Der General ließ erklären, daß er zu diesem Unternehmen, welches er sehr bedauere, keinen Auftrag gegeben und das selbe nicht gebilligt habe. Der Auftrag zu der Verhaftung des Bergdoll sei von einem erst kürzlich nach Deutschland gekommenen Provost Marshal (Militärstaatsanwalt) in Koblenz erteilt worden, der in der Annahme gehandelt habe, daß Bergdoll in der französischen Zone des besetzten Gebietes sich aufgehalten habe.

Diese Entschuldigung des amerikanischen Oberkommandos ist ein Eingeständnis, daß es sich bei dem Ueberfall in Eberbach um eine flagrante Völkerrechtsverletzung durch Organe der amerikanischen Polizei gehandelt hat. Die Angabe, der Militärstaatsanwalt sei eben erst aus Amerika eingetroffen und habe geglaubt, Bergdoll befände sich noch im besetzten Gebiet, ist keine ausreichende Rechtfertigung für den Eingriff in die deutsche Rechts Hoheit. Innerhalb der deutschen Grenzen, muß an dem Grundsatz festgehalten werden, daß Rechts handlungen von den deutschen Behörden vorgenommen werden. In den besetzten Gebieten sind den Alliierten nur insoweit Rechtsbefugnisse eingeräumt worden, als sie notwendig sind, um die Sicherheit der alliierten Truppen und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu gewährleisten. Auch die weitestgehende Auslegung dieser Begriffe verleiht den alliierten Justizbehörden nicht das Recht, deutsche Staatsbürger oder Ausländer, die, — ohne zum Personal der Besatzungsbehörden zu gehören — deutsches Staatsrecht in Anspruch nehmen — auf eigene Faust zu verhaften, weil sie angeblich oder tatsächlich einmal in früheren Zeiten in einem alliierten Lande ein politisches Delikt begangen haben. Es wäre erwünscht, wenn der deutsche Außenminister anlässlich der Behandlung seines Stats im Reichstage Gelegenheit nehmen würde, eine derartige deutsche Rechtsverwahrung auszusprechen.

Die Begleitumstände des Vorfalles in Eberbach fordern aber nicht nur zu einer Erörterung der völkerrechtlichen Seite der Angelegenheit heraus, sondern bedürfen auch der eingehenden innerpolitischen Behandlung im deutschen Reichstage. Wie aus der Erklärung der Polizeiinspektion Koblenz hervorgeht, ist dem amerikanischen Detektiv, auf dessen mündliche Angabe hin, „er wolle einen Verbrecher im unbesetzten Deutschland aufspüren“, nicht nur ein Ausweis zur Einreise in das unbesetzte Gebiet ausgestellt, sondern es wurde dieser Ausweis von den Koblenzer Polizeibehörden mit einem Zusatz versehen, wonach dem Inhaber nichts in den Weg zu legen sei bei der Erledigung seiner Aufgaben, einen Verbrecher aufzuspüren. Zur Entschuldigung dieser unverzeihlichen Verletzung deutscher Rechts Hoheit gegenüber einem in Deutschland zu keinerlei Amtshandlungen befugten ausländischen Polizeitagente wurde von der Polizeiinspektion Koblenz weiter angeführt, es handle sich bei der Ausstellung des deutschen Ausweises um einen Vorgang, der nicht häufig vorgekommen sei. Aus dieser naiven Mitteilung geht hervor, daß es anscheinend im besetzten Gebiete „nachgeordnete Stellen“ gibt, die keine Ahnung haben von dem wichtigsten Rechtsgrundsatz, an dem im Verkehr mit jedem fremden Lande unbedingt festzuhalten ist: nur deutsche Organe üben die Rechts Hoheit auf deutschem Boden aus. Es muß unbedingt gefordert werden, daß im Verkehr mit der Entente und mit jedem anderen ausländischen Staate nur der Weg beschritten wird, der vor dem Kriege üblich war, daß nämlich Rechtshilfe nur auf Grund ausreichend begründeter Anträge der betreffenden ausländischen Justizbehörde gewährt und dann ausschließlich von deutschen Behörden ausgestellt wird. Es ist Aufgabe der deutschen Regierung, durch eine unzweideutige Erklärung zum Ausdruck zu bringen, daß keine deutsche Behörde befugt ist, ausländische Polizeiorgane bei der widerrechtlichen Ausübung ihrer Tätigkeit auf deutschem Gebiete zu unterstützen. Diese habe sich ausnahmslos an die Exekutivorgane der deutschen Justiz zu wenden, um die von ihnen gewünschten Maßnahmen in die Tat umsetzen zu lassen.

Neuwahlen in England?

Die Wochenschriften verbreiten in den letzten Tagen Annoncen, die den Eindruck hervorrufen sollen, daß in den Kreisen der englischen Regierung die Meinung besteht, im Frühjahr die Wahlen auszuschieben. Diese Blätter wollen sogar wissen, daß

die Koalitionsregierung beabsichtige, die Kriegsgewinnsteuer auszuheben, um dadurch aus den Profiten der Großindustriellen erhebliche Mittel für den Wahlfonds zu erhalten. Bisher liegen keine vertrauenswürdigen Bestätigungen dieser Absicht aus Regierungskreisen vor. Eine Aeußerung, die Lord Derby, eine führende Persönlichkeit der unionistischen Partei, kürzlich getan hat, läßt vielmehr auf das Gegenteil schließen: er sprach die Hoffnung aus, daß die unionistische Partei und der imperialistische Flügel der Liberalen im Laufe der nächsten Monat zu einer neuen einheitlichen Partei umorganisiert werden würden. Dieser Fusion müßten also etwaige Neuwahlen zeitlich längere Zeit vorausgehen.

Die deutsch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen.

Erklärungen Frassatis.

Hamburg, 31. Januar.

Der italienische Botschafter Frassati erklärte einem Vertreter der „Hamburger Nachrichten“: Ich sehe es als meine erste und wichtigste Aufgabe an, die Verbindungen zwischen Deutschland und Italien so schnell und so gründlich wie möglich wieder herzustellen. Hierbei denke ich nicht nur an Telegraph und Telefon, sondern vor allem auch an eine Verbesserung der Eisenbahnverbindung und eine zweckmäßige Regelung der Frachttarife zur Förderung des Auslaufes von Gütern und überhaupt des wirtschaftlichen Wiederaufbaues.

Natürlich ist es mir nicht möglich, das einzelne gehende Klagen über die technische Durchführung zu machen, da die Dinge noch alle in der Schwebe sind. Wir bemühen uns beispielsweise, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um die tägliche Fahrtbauer der direkten Züge zwischen Rom und Berlin um mehrere Stunden zu verkürzen. Die Grenzüberschreitung würde dann anstatt wie bisher um Mitternacht nach geläufiger Neuregelung voraussichtlich zu einer für die Reisenden günstigeren Zeit in den frühen Abendstunden erfolgen können.

Vor allem hoffen wir, die bereits bestehenden, aber während des Krieges dem öffentlichen Verkehr nicht zugänglichen Telephonverbindungen zwischen München—Jansbrud und Frankfurt—Mailand demnächst wieder ihrer Bestimmung zuzuführen. Ich würde es im Interesse der Presse der beiden Länder für wünschenswert erachten (und ich bin nach dieser Richtung bemüht), einen Dienst einzurichten, der es den Zeitungen ermöglicht, in Zukunft mehr als bisher dem telephonischen Dienst gegenüber dem langsameren und kostspieligeren Telegraphendienst den Vorzug zu geben.

Ich bin überzeugt, daß alle diese Fortschritte in hohem Maße dazu beitragen werden, die wirtschaftlichen Beziehungen unserer beiden Länder, die so viele gemeinsame Interessen haben, wieder herzustellen. Durch unsere Bemühungen werden wir nicht nur den Interessen von Deutschland und Italien, sondern zugleich jenen des gesamten Europas dienen, das den normalen Rhythmus seiner Entwicklung nicht eher wieder erreichen wird, ehe nicht alle Länder sich wieder fruchtbringender Friedensarbeit zugewandt haben werden.

Unruhen in Italien.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

Mailand, 30. Januar.

In Triest, wo sich die Kommunisten durch einen Sandstreich der Drunder der sozialistischen Zeitung „Lavoratore“ bemächtigt hatten, wurde von den unzufriedenen Sozialisten die Arbeit niedergelegt. Es kam zu heftigen Konflikten zwischen Sozialisten und Kommunisten.

In Florenz kam es zu neuen Straßenkämpfen zwischen Nationalisten und Sozialisten, wobei die Sozialisten mit aus den Fenstern geworfenen Ziegelsteinen gegen die Revolverkugeln der Nationalisten sich verteidigten. Die Redaktion des sozialistischen Blattes „La Difesa“ wurde von den Nationalisten gestürmt. Das in Brand gesteckte Redaktionsgebäude brannte vollständig nieder.

In Rom kam es ebenfalls zu schweren Unruhen. Während die Sozialisten in der Kammer sich über den Mangel an Schutz gegen die Gewalttätigkeiten der nationalistischen Faschisten beschwerten, veranstalteten die Studenten wegen der Vorgänge in Modena und Florenz eine große Kundgebung, bei der es auf der Piazza San Silvestro, dem Platz vor dem Hauptpostgebäude, zu Zusammenstößen mit Polizei und Truppen kam. Das Postgebäude wurde schließlich militärisch besetzt.

Wie die Wiener „Politische Korrespondenz“ erfährt, erteilte die italienische Regierung für die Entsendung des gegenwärtigen Generalkonsuls in Triest, Kwatt, die Absicht, die italienischen Gesandten nach Rom des Agitations

Zwangsverwaltung?

Von

Georg Bernhard.

Die beiden Noten, die vom Rat der alliierten Ministerpräsidenten der deutschen Regierung überreicht worden sind, müssen eine grausame Enttäuschung für diejenigen bieten, die glaubten, daß die bisherige Politik der deutschen Regierung zu irgendeinem für Deutschland günstigen Ergebnis führen könnte. Die Entwaffnungsnote bedeutet, wenn man von den gewährten kurzen Fristen absteht, eine einmütige Ablehnung aller deutschen Vorstellungen, und die Note über die Reparationen bestraft hart die Neugier derjenigen, die durchaus die Summe zu hören wünschten, zu deren Leistung insgesamt Deutschland durch die Alliierten verurteilt werden soll. Dieses letzte Schriftstück, das von sämtlichen Ministerpräsidenten der alliierten Mächte unterzeichnet ist, erlaubt nicht mehr irgendeine der unterzeichneten Mächte als Verfechter internationaler Gerechtigkeit anzusehen. Nicht die Summen sind in ihm das Schlimmste. Schon deswegen nicht, weil sie über sie noch sprechen lassen wird. Und weil ja diese Note kein von Deutschland anzunehmendes Vertragsangebot darstellt, sondern lediglich eine Mitteilung über das, was unter Umständen im Mai von der Reparationskommission verlangt werden kann. Am wichtigsten und schärfsten erscheinen die Bestimmungen über die Pfänder und Kontrollen. Denn die sollen bleiben. Um ihrer willen ist das ganze System erfunden. Und sie stellen die vollkommene wirtschaftliche Entmündigung des deutschen Volkes dar. Wenn Lloyd George französischen Journalisten gegenüber erklärt hat, die Kontrolle der deutschen Zölle sei keinerlei Zwangsmaßnahme, und man habe es ausdrücklich vermieden, das Wort „Beschlagnahme“ zu gebrauchen, um die deutsche Empfindlichkeit nicht zu verletzen, so wird diese Zartheit dankbare Würdigung finden. Freilich kommt es nicht auf die gewählten Worte, sondern auf die geschehenen Tatsachen an. Diese Tatsachen aber bedeuten eine Vergewaltigung Deutschlands, bedeuten eine Umgrünung der deutschen Wirtschaft und eine Vernichtung der Wiederaufbau-Möglichkeiten eines besiegten Volkes, die in der Weltgeschichte beispiellos dastehen. Und daß fünf Staatsmänner von Rang, daß fünf Vertreter großer Völker diese Vergewaltigung verantwortlich zeichnen, sollte endlich doch auch einmal im deutschen Volk die Ueberzeugung wachrufen, daß die bisherige Politik verfehlt und der bisherige Glaube irrig war, der sich immer wieder durch schöne Worte von der einen oder anderen Seite dazu verleiten ließ, anzunehmen, daß es einen anderen Weg aus der Bedrängnis gab, als den Interessen des Hauptgläubigers gerecht zu werden und aus den vorhandenen gemeintamen Interessen zwischen dem größten Schuldner und dem größten Gläubiger Erleichterungen und später vielleicht sogar neue Kraft zu gewinnen.

Wertwürdige Vorstellungen müssen einem Plan zugrunde liegen, ein Volk von vielen Millionen auf 42 Jahre hinaus unmündig zu machen. Geseht den Fall, daß Deutschland die Vorschläge der alliierten Ministerpräsidenten restlos annehmen und zunächst stumm erfüllen würde, glaubt man, daß durch solche zähneknirschend geübte Sklavenarbeit die europäische Atmosphäre gereinigt werden kann? Gehen denn die am nächsten beteiligten Staatsmänner Frankreichs und Italiens nicht ein, daß dadurch die Arbeit jeder Vernunft in Deutschland vollkommen unmöglich gemacht wird? Die junge deutsche Republik würde damit auf Jahrzehnte zum Spielball der radikalen Extreme. Die einen — rechts — werden von Geschlecht zu Geschlecht auf „den Tag“ warten, und die anderen — von links — werden zahlreicher und intensiver als bisher den Traum der Weltrevolution träumen, der Deutschland vom Joch des internationalen Kapitalismus befreien soll. Gerade diejenigen, die bisher der Verständigungsarbeit die größten Hindernisse bereitet haben, werden die Leidenschaften gegen die internationale Kapitalistenfront am heftigsten aufschaukeln. Denn sie sind gewohnt, positive schaffende politische Arbeit durch Agitationsreden zu ersetzen.

Wenn diese Vorschläge der Konferenz zur Tat werden, so bedeuten sie dem Namen nach die internationale Kontrolle der deutschen Wirtschaft. In Wirklichkeit bedeuten sie die englische Finanz- und Wirtschaftshoheit über Europa. Lloyd George hat sich auch für den, der es bisher nicht glaubte, jetzt als ein — englischer — Staatsmann ganz großen Stiles gezeigt. Selten hat ein Politiker für sein Land einen solchen für Jahrzehnte bestimmenden Sieg errungen, wie der englische Ministerpräsident in Paris. Denn sein Werk ist dieser Vertrag, er selbst leugnet es auch nicht mehr. Nur in Deutschland gibt es in der Presse und auch an denjenigen Stellen des Auswärtigen Amtes, die die Presse zu informieren haben, noch Männer, die das bestreiten. England ist das einzige Land (außer dem weit abliegenden Japan) das diesen Vertrag aushalten kann und von ihm Nutzen ziehen wird. Für Belgien, Frankreich und Italien ist das Pariser Abkommen nicht viel wertiger als für Deutschland ein Schlag, den diese Länder nicht erwidern werden.

STAATS-BIBLIOTHEK ZU BERLIN

27/1621